

Plutokratie USA

Wer bestimmt die Politik?

Wenn der Besitz darüber entscheidet, wie viel Einfluss man auf einen Staat ausüben kann spricht man von Plutokratie (Herrschaft des Geldes). Das ist in den USA weit verbreitet, auch, wenn sich die Staatsform „Demokratie“ nennt. Man sieht das im gegenwärtigen Wahlkampf, bei dem Milliardär Elon Musk (Inhaber von X, früher Twitter, Mitbegründer von SpaceX und Tesla) den republikanischen Kandidaten Trump mit monatlich 45 Millionen Dollar unterstützen will, also mit 1,5 Millionen am Tag. Das könnten seine Mitarbeiter, die seinen Reichtum erarbeitet haben niemals selbst aufbringen, geschweige denn für einen Kandidaten spenden, auch, wenn sie ihrem Arbeitgeber das ermöglichen. Das Geld geht nicht an den Kandidaten direkt, sondern an ein Aktionskomitee, das Spenden in beliebiger Höhe annehmen darf, was den Parteien verboten ist. Es handelt sich also um die Umgehung demokratischer Spielregeln.

Dass sich das für Musk auszahlen könnte, liegt nahe. Die Weltraumfirma SpaceX arbeitet eng mit der amerikanischen Weltraumagentur zusammen. Seine Satellitenkette Starlink hilft unter anderem der Ukraine. Seine Autofirma Tesla würde von Strafzöllen gegen China profitieren und neue Regeln im Bereich der so genannten Künstlichen Intelligenz, würden sein Unternehmen „xAI“ (AI ist englisch für KI) fördern oder hemmen.

Mitbegründer von Paypal wie Peter Thiel oder David Sacks machen sich auch für den Konservativen Kandidaten stark. Dabei hat Sacks ungefähr 1,4 Millionen Menschen, die ihm auf zwei Kanälen im Internet folgen. Auch Firmen, die Risiko-Kapital in neu gegründete Firmen stecken, wollen spenden, da sie sich von den Konservativen weniger strenge Regulierung erhoffen, egal ob bei Risiko-Kapital oder bei Krypto-Währungen. Andere Firmen, die auf diese Weise Geld verdienen, spenden. Mitgründer Lonsdale von Palantir Technologies, einem US-amerikanischen Unternehmen zur Analyse von Big Data, wie man es für Spionage, oder KI benötigt, spendete.

Das dürfte bei den Demokraten und Biden nicht viel anders sein. Wenn erfolgreiche Unternehmer solche Summen in die Förderung eines Kandidaten investieren, dann darf man wohl davon ausgehen, dass es sich für sie lohnt. Zugleich sind das Summen, die die Mitglieder von Parteien, vor allem die kleinen Leute, kaum aufzubringen vermögen, so dass deren Interessen auf der Strecke zu bleiben drohen. Das hat mit Demokratie nur noch in so fern zu tun, als es tatsächlich zu einer Abstimmung in Wahllokalen kommt, die aber durch das Geld der Reichen, die Werbung, aber auch das amerikanische Wahlrecht verfälscht werden kann.